



Wehrpflicht dient der Kriegsvorbereitung

2022 hat der sozialdemokratische Bundeskanzler Scholz - ohne gesellschaftliche Debatte - eine „Zeitenwende“ ausgerufen, die u.a. eine gigantische Aufrüstung beinhaltet. Seither wurden viele Hundert Milliarden Euro im deutschen Bundestag für Aufrüstung bewilligt. Laut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) hat 2025 die BRD 114 Milliarden US-Dollar fürs Militär ausgegeben und liegt damit weltweit an vierter Stelle. Inzwischen hat Verteidigungsminister Pistorius weitere Bereiche für die „Zeitenwende“ konkretisiert.

Er fordert Kriegstüchtigkeit. Um die zu erreichen wird die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht gesetzlich ermöglicht.

PolitikerInnen und Medien werden nicht müde, uns vor einem russischen Angriffskrieg zu warnen. Aussagen führender Militärs, dass das konventionelle Potenzial der europäischen NATO-Staaten zehnmal größer ist als das Russlands werden ignoriert. Wieso Russland die NATO angreifen soll, wo dem Land nicht mal gelingt, die Ukraine zu besiegen, wird uns nicht erklärt, ebenso wenig wieso die Russen mit einem Angriff warten bis Deutschland und die ganze EU ihr Hochrüstungsprogramm umgesetzt haben.

Wenn, wie geplant, fast die Hälfte des Staatshaushaltes für Militär, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung ausgegeben wird, dann bleibt nicht mehr viel für Gesundheit, Soziales, Bildung und Umweltschutz.

Der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo, Clemens Fuest, stellte fest: „Kanonen und Butter - es wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“

Waffensysteme, die für einen möglichen Krieg entwickelt werden, müssen (noch) von Menschen bedient werden. D.h. junge Menschen müssen für den Dienst an der Waffe gefunden werden.

Im Dezember 2025 hat die Bundesregierung dafür ein neues Wehrdienstgesetz beschlossen. Junge Männer ab Jahrgang 2008 müssen (Frauen können) einen dafür vorgesehenen Fragebogen ausfüllen. Ab Juli 2027 ist eine Musterung vorgesehen. Nach großen Protesten ist die Pflicht für eine Genehmigung für längere Auslandsreisen aktuell ausgesetzt, allerdings nur so lange wie die Wehrpflicht noch freiwillig ist.

Laut einer Umfrage von Greenpeace lehnen die 16 - 25 Jährigen mehrheitlich die Wehrpflicht ab. Sie wollen sich in keinem Krieg verheizen lassen.



Um doch noch genügend freiwillige junge Männer und Frauen zu finden, gehen Bundeswehrpflichtige wieder verstärkt in die Schulen und „werben fürs Sterben“.

Schülerinnen und Schüler haben alles Recht der Welt,
sich gegen Kriegsvorbereitung und Kriegsdienst zu wehren!

Schulstreik-Demo:

12.5.2026 • 12.00 • Uhr Am Brill

**SchülerInnen organisieren sich, bilden Widerstandsgruppen
und streiken unter dem Motto:**

**Jugend gegen Aufrüstung und Wehrpflicht -
Wir ziehen nicht in Eure Kriege!
Gegen imperialistische Kriege überall
und für die Selbstbestimmung der Völker!**

„Kriegstüchtigkeit“ bedroht uns alle, jung und alt. Lasst uns gemeinsam gegen die
Militarisierung aller Gesellschaftsbereiche kämpfen. Nie wieder Krieg!

Lasst uns gemeinsam das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Men-
schen, die vor Kriegsdiensten fliehen, müssen Schutz und Aufenthalt als Deserteure
in Deutschland erhalten. Zehntausende Soldaten, Söhne, Väter, Ehemänner, haben
im Ukrainekrieg ihr Leben verloren, Schluss damit: Wir fordern Hilfe, Unterstützung
und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus allen Kriegsgebieten.

NEIN zu Kriegsvorbereitung, Wehrpflicht und Werbekampagnen der Bundeswehr an
Schulen! Das geht uns alle an: Nein zur Militarisierung!

Einladung zur Veranstaltung:

**Vaterlandsverrat oder Friedenstat?
DESERTEURE Die Geschichte von Gewissen,
Widerstand und Flucht**

Mittwoch, 13. Mai, 19.00 Uhr

Villa Ichon, Goetheplatz 4

**Eine Veranstaltung von DFG/VK Bremen,
Bremer Friedensforum, Connection e.V.**



Kontakt zum Bremer Friedensforum
info@bremerfriedensforum.de